

**Einführungsvortrag von Präsidentin Roberta Metsola an der Humboldt-Universität
„Relaunch, Reform, Reimagine Europe“ (Europa neu beleben, neu ordnen und neu
gestalten)**

Montag, 23. Oktober 2023

Guten Tag.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Einladung.

Meine Rede für die heutige Veranstaltung habe ich nicht nur einmal, sondern wieder und wieder umgeschrieben. Und zwar deshalb, weil die weltpolitische Lage und die Rolle Europas in der Welt allein in den letzten zwei Wochen viel komplizierter geworden sind.

In meiner ersten Rede als Präsidentin des Europäischen Parlaments habe ich mich auf Sir Winston Churchill berufen und versprochen, dass unser Organ stets zur Stelle sein wird, wenn es gilt, Brände zu löschen. Es scheint mir, dass viel zu oft neue Brände ausbrechen, die all das in Gefahr bringen, was wir im Hinblick auf die weltweite Stabilität erreicht haben.

Ich möchte, dass Europa diese Brände auch künftig bekämpft. Ich möchte, dass Europa über die Instrumente verfügt, mit denen es dazu beitragen kann, dass die Welt ein Stück weit mehr so wird, wie sie sein sollte. Ich weiß, dass Europa die Antwort sein kann. Aber ich weiß auch, dass wir mehr tun müssen, um Sie – ein jüngerer, kritisches Publikum – von dem wahren Wert Europas zu überzeugen, das nicht nur unser Leben, sondern auch das Leben künftiger Generationen gestalten kann.

Meiner Meinung nach hilft es, Klartext zu reden. Lassen Sie mich also ehrlich sein.

Wir stehen an einem Scheidepunkt und müssen entscheiden, welchen Weg wir einschlagen wollen. Es gibt keine einfachen Lösungen. Oft müssen wir zwischen schlechten und noch schlechteren Folgen wählen. Aber wir müssen diese Entscheidungen treffen, und das werden wir auch weiterhin tun. Dabei muss man einen kühlen Kopf behalten – auch dann, wenn alle anderen die Fassung verlieren und einem auch noch die Schuld dafür geben oder wenn einem mutwillig die Worte im Mund verdreht werden. Wenn man in ein öffentliches Amt gewählt wird, trägt man diese Verantwortung. Das gilt für uns alle.

Die heutige Veranstaltung wird von den brutalen Terroranschlägen der Hamas gegen Israel überschattet, von dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, von der Lage in Armenien und Aserbaidschan, die in der gesamten Region für Beunruhigung sorgt, von der humanitären Krise im Gazastreifen, von Irans Spiel mit dem Feuer in der gesamten Nahostregion, von den Versuchen der iranischen Führung, den mutigen jungen Frauen des Landes trotz ihrer Proteste einen Gottesstaat aufzuzwingen, und von der Instabilität, die den Nahen Osten ins Wanken bringt.

Ganz zu schweigen vom Aufstieg Chinas und Indiens zu neuen Weltmächten. Der Dialog zu Afrika wird fast immer über die Köpfe der Betroffenen hinweg geführt. Auch Lateinamerika spielt eine entscheidende Rolle. Die transatlantische Partnerschaft hat historische Wurzeln, durch die wir untrennbar miteinander verbunden sind, aber sie braucht neue Impulse.

All das sind nur die außenpolitischen Themen. Auch zuhause müssen wir enorme Herausforderungen meistern: Die Menschen haben immer mehr Schwierigkeiten, am Ende des Monats ihre Rechnungen zu begleichen. Unsere liberalen Demokratien sind in Gefahr. Wir müssen neue Arbeitsplätze schaffen, den Klimawandel bekämpfen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern. Wir müssen klären, wie wir unsere Gesellschaften voranbringen, generationenübergreifende gesellschaftliche Probleme lösen und für Chancengleichheit sorgen können.

Um all das muss sich Europa kümmern. Das hat es bisher getan und muss es auch künftig tun. Lassen Sie mich kurz auf den Angriff auf Israel und die Lage im Gazastreifen und der gesamten Region eingehen.

Die Lage vor Ort ist entsetzlich, erschütternd und zum Verzweifeln. Das habe ich vor einer Woche mit eigenen Augen gesehen, als ich in Israel war, wo ich die Orte der Gräueltaten besucht und trauernde Überlebende getroffen habe. Ich habe dort die Solidarität Europas zum Ausdruck gebracht, die Freilassung der Geiseln gefordert und bekräftigt, dass wir Terrorismus ablehnen. Ich habe betont, dass es von großer Bedeutung ist, wie Israel reagiert und wie die Hamas aufgehalten wird, und dass wir zusammenarbeiten müssen, um die humanitären Auswirkungen auf die unschuldigen Menschen im Gazastreifen abzumildern. Es ist völlig richtig, einer Nation zur Seite zu stehen, die den schlimmsten Angriff auf ihre Zivilbevölkerung seit dem Holocaust erlitten hat. Ich bin stolz, dass wir das getan haben.

Zu viele jüdische Gemeinschaften in Europa fühlen sich verloren, verängstigt und bedroht. Synagogen sehen sich als Zielscheiben. Mütter haben Angst davor, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Das ist nicht das Europa, das wir uns wünschen.

Europa stellt sich dem Hass entgegen. Wir stellen uns dem Terrorismus entgegen, denn er ist unentschuldig. Punkt. Nichts, keine Entschuldigungen oder Rechtfertigungen, werden mich jemals davon überzeugen, dass Säuglinge, Kinder, Frauen und Männer gnadenlos ermordet, vergewaltigt, verstümmelt und entführt werden sollten. Das sollten wir auch deutlich sagen.

Um es mit den Worten des Autors Frank Herbert zu sagen: „Für Gräueltaten gibt es keine Entschuldigung, keine mildernden Umstände. Gräueltaten wiegen niemals etwas aus der Vergangenheit auf oder korrigieren es. Gräueltaten geben der Zukunft lediglich Munition für weitere Gräueltaten.“

Es ist auch völlig richtig, unsere Besorgnis und Verzweiflung angesichts der Krise im Gazastreifen zum Ausdruck zu bringen, wo bereits zu viele Unschuldige ums Leben gekommen sind, zu viele Kinder zu Waisen geworden sind und zu viele Mütter trauern. Es ist kein Widerspruch, sich dem Terrorismus entschieden entgegenzustellen und gleichzeitig alles zu tun, um humanitäre Krisen abzumildern. Deshalb bestehen wir darauf, dass das Völkerrecht geachtet wird. Deshalb tun wir alles in unserer Macht Stehende, um das Leben von Unschuldigen zu schützen. Deshalb drängen wir auf die Freilassung der Geiseln. Deshalb betonen wir, dass die Hamas aufgehalten werden muss.

Uns ist klar, dass die Hamas eine terroristische Organisation ist. Sie vertritt nicht das palästinensische Volk und dessen legitime Bestrebungen. Sie steht ihnen vielmehr entgegen. Deswegen hat das Parlament letzte Woche eine humanitäre Waffenruhe gefordert, damit dafür gesorgt wird, dass die dringend benötigte Hilfe bei den Bedürftigen ankommt. Ich bin stolz darauf, dass wir das getan haben.

Europa ist auch bereit und gewillt, sich langfristig zu engagieren. Schließlich kennen wir uns mit der Bewältigung scheinbar unüberwindbarer Hindernisse ganz gut aus. Wo kann man das besser zum Ausdruck bringen als hier in Berlin? Wir werden uns stets für nachhaltigen und dauerhaften Frieden einsetzen – und für eine faire und gerechte Zweistaatenlösung.

Leider haben uns die abscheulichen Taten der Hamas-Terroristen auf dem Weg zu diesem Ziel um Jahre, wenn nicht um Jahrzehnte, zurückgeworfen. Mit jedem Tag, an dem die Hamas 200 Geiseln in ihrer Gewalt hat, rückt dauerhafte Stabilität in noch weitere Ferne.

Als Union müssen wir gemeinsam und geeint dafür sorgen, dass derartige Handlungen nicht gerechtfertigt werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir noch mehr Tod und Gewalt dulden, sondern dass wir nach einem Fünkchen Hoffnung auf Frieden streben. Die Hamas bietet hingegen keine Hoffnung auf Frieden. Sie sorgt für ein Blutbad. Und es wurde bereits zu viel Blut vergossen.

Europa steht seit jeher auf der Seite der Menschlichkeit. Das ist unsere Aufgabe, und wir müssen jetzt handeln.

Ich gehöre der Generation an, die den Fall der Berliner Mauer vom Schoß ihrer Eltern aus mitverfolgte und die Berichte über die Proteste am Tian'anmen-Platz auf einem kleinen, körnigen Fernsehbildschirm sah. Ich erinnere mich an den Zerfall der Sowjetunion und die

hemmungslose Freude von Millionen von Europäerinnen und Europäern, die endlich frei über ihr Schicksal entscheiden konnten. Ich kam in den Genuss aller Vorteile des Sieges der liberalen Demokratie in einer neuen Welt. Vielleicht haben wir uns im Laufe der Zeit ein bisschen zu sehr auf unseren Lorbeeren ausgeruht und begonnen, unser gemütliches Leben und unsere Lebensweise als selbstverständlich zu betrachten.

Im vergangenen Jahr mussten wir auf brutalste Art und Weise erkennen, wie falsch wir mit dieser Annahme lagen, als Russland seinen rechtswidrigen, grundlosen und ungerechtfertigten Militäreinmarsch in die Ukraine einleitete. Ich möchte daran glauben, dass wir aus unseren Fehlern gelernt haben.

Ich möchte daran glauben, dass die Werte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Menschenwürde in diesem entscheidenden Moment, in dem wir Europa neu beleben, neu ordnen und neu gestalten müssen, auch weiterhin das solide Fundament unserer bisherigen und künftigen Errungenschaften bilden. Das ist es, was uns Europäerinnen und Europäer ausmacht. Die weltpolitische Lage ist im Umbruch. Wladimir Putins Panzer stehen in der Ukraine, einem unabhängigen und souveränen Land. Aleksander Lukaschenko verfolgt, inhaftiert und foltert Menschen aufgrund ihrer demokratischen Überzeugungen.

Wir müssen uns fragen, wo wir bei all dem stehen. Die Welt braucht ein solides Fundament. Wir müssen unsere Rolle in der Welt stärken, indem wir auf der Weltbühne stärker und geeint auftreten. Dazu müssen wir auf weltweite demokratische Bündnisse mit vertrauenswürdigen Partnern und Freunden hinarbeiten.

Dazu gehört auch, dass wir uns auch künftig entschlossen für die Unterstützung der Ukraine einsetzen. Die Lage im Nahen Osten dominiert die Schlagzeilen, und Wladimir Putin geht davon aus, dass unsere politische, humanitäre und militärische Unterstützung nachlässt. Doch wir dürfen nicht nachlassen. Es geht nach wie vor ebenso um unsere Sicherheit wie um die Sicherheit der Ukraine.

Wir müssen unsere Beziehungen zu Gleichgesinnten stärken – zu den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Kanada in den Bereichen Sicherheit, Digitales, Klima und Handel, zu Indien, dessen Wirtschaft immer stärker wird, damit es die Erwartungen seiner Jugend erfüllen kann, und zu den demokratischen Ländern Lateinamerikas, um globale Lieferketten und die Versorgung mit weltweit benötigten kritischen Rohstoffen zu sichern. Wir müssen auf Augenhöhe – und nicht von oben herab – mit den Ländern Afrikas sprechen. Und zwar nicht nur über Migration, sondern auch über Investitionen, die wir tätigen können, um ihren Wohlstand zu unterstützen und zu fördern.

Wir müssen uns auch mit China befassen. Die Risikominderungs- und Entkopplungsstrategie ist gut. Wir müssen jetzt ermitteln, in welchen Bereichen wir unfair behandelt werden und wie wir dagegen vorgehen können. Denn in Europa sehen wir die Dinge anders. Deshalb erlassen wir Rechtsvorschriften zum europäischen Grünen Deal, der ein überarbeitetes Emissionshandelssystem, ein neues CO₂-Grenzausgleichssystem, eine Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und einen Klima-Sozialfonds umfasst.

Wenn wir uns nach neuen Kooperations- und Geschäftspartnern umsehen, müssen wir auch künftig der Versuchung widerstehen, einen unzuverlässigen Partner gegen den nächsten unzuverlässigen Partner auszutauschen.

Das bringt mich zum nächsten Thema: Reformen. Die vergangenen Jahre waren für Europa und die ganze Welt schwierig. Wir leben in einem Zeitalter sogenannter Polykrisen. Damit das klar ist: Ich bin stolz darauf, wie wir reagiert und Ergebnisse erzielt haben. Wir haben eine Finanzkrise und eine Pandemie überstanden. Wir haben den Brexit hinter uns gebracht und neue Wege in die Zukunft gefunden. Wir haben uns für unsere Werte eingesetzt und stellen uns entschlossen weltpolitischen Bedrohungen entgegen. Gleichzeitig haben wir unsere Volkswirtschaften zukunftsfähig gemacht, den Klimawandel bekämpft und bahnbrechende

Rechtsvorschriften für den digitalen Raum erlassen, die der Rest der Welt zweifelsohne als Modell heranziehen wird.

Die Europäische Union hat sich diesen Herausforderungen entschlossen gestellt. Sie haben uns nicht gespalten, sondern geeint. Sie haben uns nicht geschwächt, sondern gestärkt. Wie wir reagiert haben, hat uns geprägt und die Grundlage für die nächsten Jahre gelegt.

Wir müssen aber auch ehrlich sein, was die Grenzen unserer derzeitigen Strukturen anbelangt. Meine Gespräche mit Europäerinnen und Europäern, auch mit jungen Menschen wie Ihnen, haben mich erkennen lassen, dass es nach wie vor eine Kluft zwischen den Erwartungen der Menschen und den derzeitigen Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Union gibt.

Um zu wachsen, eine ernstzunehmende Größe zu bleiben und nicht in Stillstand zu geraten, dürfen wir uns nicht vor Diskussionen über den Wandel fürchten, und auch nicht vor Reformen und Anpassungen an unser sich ständig veränderndes und zunehmend geopolitisch geprägtes Umfeld.

Das bedeutet, dass der Weg für die Erweiterung geebnet werden muss. Ich habe viele Bedenken im Zusammenhang mit der Erweiterung gehört und respektiere sie auch. Die Argumente ähneln denen, die vor 2004 geäußert wurden. Doch aus der Geschichte haben wir gelernt, dass eine größere Europäische Union, die auf klaren Zielen, Kriterien und Leistungen beruht, einer Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent gleichkommt. Der Erweiterungsprozess wird allen Beteiligten zugutekommen.

Das Europäische Parlament ist sich dessen bewusst. Deshalb haben wir im letzten Jahr als erstes Organ gefordert, dass die Ukraine und die Republik Moldau zu EU-Bewerberländern erklärt werden. Das gibt diesen Ländern eine klare europäische Perspektive und ist ein wichtiger Impuls für die Förderung demokratischer Reformen. Das gilt auch für die Länder des westlichen Balkans.

Doch während diese Länder Reformen durchführen und sich vorbereiten, müssen auch wir uns bereit machen. Was für eine Union mit 27 Mitgliedstaaten funktioniert, wird für eine Union mit 30, 33 oder 35 Mitgliedstaaten nicht passen. Wir dürfen nicht unvorbereitet sein. Wenn wir alle anderen hinhalten, dürfen wir nicht überrascht sein, wenn das Vakuum, das wir hinterlassen, von jemand anderem gefüllt wird.

Sicherheit, Verteidigung und Migration sollten auf unserer Reformagenda ganz oben stehen. Wir müssen umgehend mit dem Aufbau einer echten Sicherheits- und Verteidigungsunion beginnen, die die NATO ergänzt, ohne mit ihr in Wettbewerb zu treten. Die Mitgliedstaaten müssen weiter darauf hinarbeiten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Denn wenn wir für das langfristige Fortbestehen unseres Projekts und die Sicherheit unserer Lebensweise sorgen wollen, brauchen wir entsprechende Ressourcen. Das aktuelle weltpolitische Klima macht das mehr als deutlich.

In Bezug auf die Migration freut es mich, dass wir nach einem Jahrzehnt des Stillstands nun beginnen können, unser weiteres Vorgehen zu planen. Auf dem Verhandlungstisch liegt ein ganzheitlicher Rechtsrahmen, der gerecht für Schutzbedürftige ist, streng für diejenigen, die keinen Anspruch geltend machen können, und unnachgiebig gegenüber denjenigen, die die Schwächsten ausnutzen. Er bildet ein echtes gemeinsames europäisches Migrations- und Asylsystem, das den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Natürlich muss noch viel getan werden. Der derzeitige Rahmen hat viele Schlupflöcher, und das gilt auch für das neue Paket, das jetzt vorliegt. Ich möchte ein Beispiel nennen: den Unterschied zwischen einem negativen Asylbescheid und einer Rückkehrentscheidung. Erst vor wenigen Tagen ist dieses Problem im Herzen Brüssels erneut zutage getreten. Aber wir sind der Lösung näher als je zuvor. Ich möchte Ihnen daher versichern, dass das Europäische Parlament entschlossen ist, dieses Legislativpaket bis zum Ende der Wahlperiode fertigzustellen.

Zu Beginn meiner Rede habe ich über die Werte gesprochen, die uns als Europäerinnen und Europäer einen, und darüber, was in der aktuellen Lage von uns verlangt wird. Wir dürfen diese

Werte nicht auf rein abstrakte Begriffe und Ideale reduzieren. Mir geht es darum, dass viel mehr getan werden muss, um diese Werte in einen konkreten Nutzen für die Menschen zu verwandeln und so einen wirklich gerechten und fairen Weg in die Zukunft zu ebnen. Ob es um den grünen oder um den digitalen Wandel geht – wir müssen dafür sorgen, dass unsere Strategien ehrgeizig genug sind, um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen, gleichzeitig aber auch echte Anreize und Sicherheitsnetze für die Industrie schaffen und vor allem auch künftig die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Damit unsere Strategien erfolgreich und verständlich sein können, müssen sie einen Nutzen für die Menschen erbringen. Angesichts der Europawahl 2024, die vom 6. bis zum 9. Juni nächsten Jahres stattfindet, ist das wichtiger denn je. Ich befürchte, dass dem Extremismus wieder Vorschub geleistet werden könnte, wenn wir scheitern und die von den Menschen geäußerten Sorgen ignorieren. Ich weiß, dass wir das richtige Gleichgewicht finden können, das das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Potenzial unseres Projekts mit Sicherheit wieder stärken wird.

Daher möchte ich Sie heute zu guter Letzt bitten, sich mir in dieser kritischen Phase der Neugestaltung und Neuordnung unseres Europas anzuschließen und der Versuchung des einfachen Zynismus zu widerstehen, der nur allzu schnell Überhand nehmen kann. Reden Sie mit, wenn es darum geht, wie unser Europa Ihrer Meinung nach aussehen soll. Und zwar nicht erst nächstes Jahr in der Wahlkabine, wenn Sie bei der Europawahl Ihre Stimme abgeben – was natürlich auch wichtig ist. Sondern schon heute. Wir sollten überall Gespräche über die Umgestaltung Europas anstoßen. Ich beantworte gerne alle Ihre Fragen und freue mich vor allem auf Ihre Ideen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.